



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0 888 890

P/XV/147 - 1. Juli 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Die verminderte Klärung</u> Zum Ausgang der Außenpolitischen Debatte	63
2 - 3	<u>Vor den großen Parteikonventen in Amerika</u> Von unserem Korrespondenten in den USA	86
4 - 5	<u>Vorsicht, illegale Mieterhöhungen!</u> Auswirkungen des Lücke-Planes Von Dr. Julius Brecht, MdB	94
6 - 7	<u>Ein Protest kam zu spät</u> Kassen-Fischsterben in der Mosel verursacht schwere Seuchengefahr	70

* * *

*

Die verkündete Klärung

37 - Das frei gewählte deutsche Parlament hatte am Donnerstag einen guten Tag. Entgegen vielen Befürchtungen und manchen Hoffnungen bot er kein Bild der innenpolitischen Selbstzerfleischung. Die beherrschende, von tiefer Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes erfüllte Rede Herbert Wehnere bestimmte die Richtung und die Temperatur dieser Debatte, sie war nach übereinstimmendem Urteil vieler Beobachter das erregende Erlebnis dieses Tages. Nach dieser Rede sah sich der Generalstab der CDU zu einer Umdisposition gezwungen; es kam nicht zum Scheibenschüssen, wie es ursprünglich beabsichtigt war. Wehnere leidenschaftlicher Appell an Regierung und Regierungsparteien um ein Höchstmaß von Übereinstimmung zwischen den Parteien bei der Bewältigung von deutschen Lebensfragen fand zwar bei der Mehrheit kein unmittelbares Echo, aber er wird weit in die Nation hineinwirken und die politische Diskussion der nächsten Monate prägen.

Die Regierungsparteien haben sich einer gemeinsamen Bestandsaufnahme verschlossen, sie bezweifelten die Notwendigkeit einer eingehenden Analyse, sie glauben, durch den Fehlschlag von Paris in ihrer Auffassung bestätigt zu sein und kommenden Gefahren mit den bisherigen Methoden der Abwehr und ohne die gesuchte Mitwirkung der Opposition begegnen zu können. Welche Gefahren vor der deutschen Politik und der Bundesrepublik sich auftun, wird wieder ersichtlich in der neuesten sowjetrussischen Protestnote an die Westmächte über eine angebliche Rekrutierung für die Bundeswehr in Berlin. Bisher folgte als treuer Vasall immer Pankow sowjetischer Vorstößen in der Deutschlandfrage; diesmal folgt Moskau Provokationen Pankows und macht sich seine unqualifizierten Beschuldigungen gegen Bonn zu eigen. Das ist ein neues, höchst beunruhigendes Element, das allen demokratischen Kräften ins Bewusstsein bringen sollte, dass die Wolken über Berlin sich zum Gewittersturm verdichten könnten.

Was ist der über den Tag hinausreichende Gewinn dieser Debatte? Vergeblich versuchte der CDU-Sprecher von Guttensberg die demokratische

1. Juli 1960

Integrität und die Loyalität der Sozialdemokratie bei der Erfüllung der von der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträge in Frage zu stellen, vergeblich auch den Zweifel zu nähren, die Sozialdemokratie könnte versucht sein, zwischen West und Ost eine dubiose Zwischenstellung einzunehmen. Auch im Ausland hat man dieser Auseinandersetzung mit berechtigter Spannung entgegengesehen, aber wenn überhaupt noch ein Rest von Misstrauen gegen die Haltung der SPD als einer möglichen Regierungspartei von morgen bestanden haben sollte, ist er wohl nun endgültig zerstreut worden. Der von manchen ODU-Politikern bewusst gepflegte Alpdruck, ein Regierungswechsel in der Bundesrepublik bedeute das Aufhören aller Bindungen zum Westen, erweist sich als ein Phantom, die deutsche Sozialdemokratie mag zwar nach einem Wort von Schumacher sehr unbequem sein, aber sie ist dafür ein zuverlässiger, der Freiheit und der Demokratie verpflichteter Faktor.

Die Regierung und die sie stützenden Parteien glaubten sich gut beraten, als sie sich der Aufforderung des Suchens um Ansatzpunkte gemeinsamen Handelns versagten. Sie wollen nicht einmal den Auswärtigen Ausschuss mit einer Bestandsaufnahme befassen. Für sie genügt als Richtschnur für die kommenden Wochen und Monate eine von Poleniken durchwobene Erklärung, die zwar viel über das Gestern aussagt, aber über das Heute und Morgen schweigt. Diese Selbstgenügsamkeit, ja Selbstgerechtigkeit dürfte für die zu erwartenden Stürme wohl kaum Schutz bieten, sie gibt keine und nicht einmal den Versuch einer Antwort auf kommende Bedrohungen. Ungewissheit besteht darüber, was die Regierung zu tun gedenkt, um die festgefahrene Deutschlandfrage wieder in Bewegung zu bringen, was sie als eigenen Beitrag für die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen auf den Tisch legen will. Umso mehr fühlt sich die deutsche Sozialdemokratie im Verbund mit allen der Zukunft zugewandten Kräften berufen, Mahner und Wächter, Warner und vorwärtstreibender Faktor in der deutschen Politik zu sein. Diese Rolle kann ihr niemand abnehmen, sie zu erfüllen ist heute notwendiger denn je.

+ - +

Vor den grossen Parteikonventen in Amerika

Von unserem Korrespondenten in USA

Es ist so weit: die amerikanische Innenpolitik steht vor ihrem alle vier Jahre sich wiederholenden Höhepunkt, den nationalen "Konventen" oder Landesparteitagen der beiden grossen Parteien, aus denen die Kandidaten für die Präsidentschaft und ihre Wahlprogramme hervorgehen und die alle politischen Stimmungen und Tendenzen im Lande reflektieren und ihnen neuen Sinn und neue Richtungen geben. Hinter allem Zirkus- und Alotriabetrieb, der diese Parteikonvente auszeichnet, verbirgt sich doch stets ein ernstzunehmendes Kräftezentrum politischer Willensbildung: und gerade angesichts der aussenpolitischen Krisen und Niederlagen der letzten Monate, gerade auch weil Präsident Eisenhower erklärt, alles sei in bester Ordnung, während das übrige Land, auch viele seiner Parteifreunde, nach gründlichen Neuformulierungen und radikaler Reform der Aussenpolitik rufen: gerade in einem solchen Zeitpunkt werden die Parteikonvente zu historischen und auch das Ausland beeinflussenden Ereignissen.

Es beginnt in der zweiten Juliwoche mit dem Konvent der Demokraten in Los Angeles, dem dann, nach einer Woche Atempause, die Republikaner in Chicago folgen. Beide Parteien haben ihre Programmkommissionen eingesetzt, die seit Wochen an der Arbeit sind, um dann dem Parteitag ihre fertige "Plattform" für den Wahlkampf vorzulegen; je nachdem, ob diese glatt akzeptiert wird oder ob es lange Debatten über Einzelpunkte gibt, kann man mit der Gesamtdauer eines jeden Parteitages zwischen vier und acht Tagen rechnen. Natürlich können auch lange Kampfabstimmungen über die Präsidentschaftskandidaten die Tagungsdauer verlängern, was ebenfalls schon oft passiert ist.

Nixon und Rockefeller

Bei den Republikanern sind "Pannon", die die Tagung verlängern und den vorbereiteten - für die Fernsehübertragung propagandistisch aufgezogenen - Fahrplan des Konvents über den Haufen werfen können, kaum zu erwarten. Vizepräsident Richard Nixon dürfte die offizielle Präsidentschaftskandidatur, vermutlich beinahe kampflos, im ersten Stimmgang erobern; Gouverneur Rockefeller, sein einziger ernstlicher Gegenspieler in der Partei, wird sich damit begnügen, als Kritiker von Nixons Ideenwelt gleichsam die loyale Opposition zu repräsentieren. Vermutlich wird er auch ablehnen, neben Nixon als Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten in den Wahlkampf zu gehen; für diesen Posten Nummer Zwei auf dem republikanischen "Ticket" nennt man jetzt UNO-Botschafter Henry Cabot Lodge oder den (katholischen) Arbeitsminister Mitchell - für den Fall, dass die Demokraten versuchen sollten, alle katholischen Wählerstimmen zu sich herüberzuziehen.

Komplexe Lage bei den Demokraten

Auf demokratischer Seite ist die Lage etwas komplizierter. Senator John F. Kennedy, irischer Katholik, jung, aggressiv und dynamisch, hat in den Primärwahlen und den Parteikonkluven der einzelnen Gliedstaaten seine Position so geschickt ausgebaut, dass man vielfach prophezeit, er werde die für den Sieg auf dem Konvent notwendige Delegiertenzahl (761) bereits im zweiten Stimmgang auf seinen Namen vereinigen können. Sollte ihm das freilich nicht gelingen, dann dürften viele Delegierte sich nach einem sichereren Sieger umsehen, und dann dürfte die Stunde des Vorsitzenden der demokratischen Senatsfraktion, des immens routinierteren und geschickteren Parlamentarierers und Politikers Lyndon Johnson geschlagen haben - obwohl viele Demokraten der grossen Parteihochnurgen im Norden für diesen Sohn des Staates Texas wenig Sympathie aufbringen. Nur in dem unwahrscheinlichen Fall, dass auch Johnson keine Mehrheit zustandebringt, käme dann, in einem fünften oder gar sechsten Stimmgang, als "letzte Reserve" etwa Senator Symington oder Adlai Stevenson in Betracht, - mit Kennedy dann, zum Trost und um die katholischen Wähler nicht einzubüssen, als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft.

Kaum weniger kompliziert sieht die Debatte um die Plattform aus. Es wird zwar vermutlich dieses Jahr keine Abwanderung empörter Südstaaten-Konservativer geben, und man wird versuchen, die stets am meisten umstrittene Stelle im Wahlprogramm, die der Besserung der Bürgerrechte für die Neger im Süden, für jedermann akzeptabel zu formulieren, was allerdings faktisch der Quadratur des Kreises gleichkommt. Dagegen dürfte es Auseinandersetzungen über die ausserpolitischen Programmpunkte geben, weil es in der Demokratischen Partei (ebenso wie auch bei den Republikanern, dort aber weniger ausgeprägt) eine "harte" Richtung gibt, geführt von Truman und Acheson, gegen Abrüstung und Koexistenz-Verhandlungen, und eine elastische Schule meist jüngerer Politiker, die in Bezug auf Auslandsstützpunkte, Berlin-Politik, Anerkennung Rot-Chinas neue Ideen und neue Formeln sucht. Das sind nicht unbedingt Anhänger von George Kennan oder Anhänger eines "linken" Flügels, aber doch Befürworter einer neuen internationalen Dynamik, deren Einzelheiten man noch nicht klar erkennen kann.

Ein neues Element in der USA-Innenpolitik

Vielleicht ergibt sich daraus, dass die aus Roosevelts "New Deal" stammende Einteilung der amerikanischen Politik in "Progressive" und "Konservative" heute nicht mehr ganz passt: das neue Element ist eine Art technologischer Dynamik, mit der etwa Köpfe wie Rockefeller und Kennedy die modernen Probleme der Überbevölkerung, der Überproduktion, der Automatisierung, des Verfalls der Großstädte usw. anpacken wollen. Diese Tendenzen dürften sich bei den Demokraten bestimmt durchsetzen, bei den Republikanern vielleicht: und sie werden es sein, die der neuen Periode amerikanischer Innenpolitik ihren Stempel aufdrücken dürften.

* + +

Vorsicht, illegale Mieterhöhungen!

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Viele besorgte Zuschriften der letzten Zeit an Abgeordnete zeigen, daß teilweise im sehr erheblichem Umlange Mieterhöhungen gefordert werden, die illegal sind. Das neue Mietengesetz, das jetzt am 29. 6. verkündet wird und in dem die kommenden Mieterhöhungen festgelegt sind, hat naturgemäß überall sehr viel Unruhe und schon vor seiner Verkündung einen breiten Trend zu Mieterhöhungen ausgelöst. Noch während der Gesetzesentwurf beraten wurde, ist vielfach unter der Hand angekündigt worden, daß nächstens eine grosse Erhöhung komme und dass die Mieten dann um so und soviel gesteigert werden. Was da an Steigerungssätzen genannt wurde, ging oft weit über das hinaus, was das Gesetz zulässt. Da sind Mieterhöhungen genannt worden, die die Altmieten bis in die unmittelbare Nähe der höchsten Mieten in Dreifinanzierten Wohnungen bringen! Oder einfach Erhöhungen um 38 Prozent, weil dieser Satz überall bekannt war, auch wenn die Voraussetzungen nicht gegeben wären.

Manchmal mag Verärgerung, manchmal auch Unkenntnis bei solchen Versuchen mitgespielt haben, den Mieter unter Druck oder in Angst zu setzen. Die Mehrzahl der Mieter kennt nicht oder versteht nicht die schon für den Fachspezialisten kaum verständlichen gesetzlichen Regelungen und die Gesetzessprache, so dass er solchen Ansprüchen und Forderungen preisgegeben ist. Das hat allenthalben bei den Mietern zu einer grossen Sorge und Beunruhigung geführt. Vielleicht sollte durch solche Ankündigungen da und dort auch erreicht werden, den Mieter durch eine so gesteigerte Miete dazu zu bringen, sich nach anderen Wohnmöglichkeiten umzusehen. Allzu oft ist ja während der letzten Monate schon gesagt worden, dass die Wohnansprüche durch erhöhte Preise gedrosselt werden sollen und dass der Wohnbedarf dadurch von selbst zurückgehen würde.

Nur gesetzliche Mieterhöhungen sind zulässig

Man muss erwarten, dass diese über die gesetzlichen Regelungen oft weit hinausschiessenden, aber tatsächlich vorgenommenen oder im Uberschwang der gesteigerten Preiserwartungen tendenziellen Vorankündigungen nun auf die gesetzlichen Begrenzungen zurückgebracht werden, wenn das Gesetz am 1. Juli in Kraft getreten ist. Nur die im Gesetz gegen die Stimmen der SPD festgelegten Mieterhöhungen sind zulässig! Noch ist nicht der freie Markt und die völlig freie, ungebundene Preisbildung der Mieten eingeführt! Solange wir noch eine so grosse Wohnungsnot und einen so enorm ungedeckten Bedarf an Wohnungen haben, können die Mietpreise noch nicht freigegeben werden.

Noch bleiben sie reglementiert und unter Preiskontrolle, soweit nicht einige Ausnahmeregelungen schon jetzt für einzelne Kategorien eingeführt worden. Aber die vom Gesetzgeber zugelassenen Mieterhöhungen sind reglementiert und preisrechtlich gebunden. Die Mieter müssen und können sich gegen alle illegalen Mieterhöhungen zur Wehr setzen, sie brauchen nicht jede willkürliche, über die Gesetznormen hinausgehende

Steigerung hinzunehmen. Die Mahnungen, die der Bundeskanzler und der Bundeswohnungsbauminister kürzlich auf der Tagung des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer gegeben haben, Maß zu halten und die von der Regierung angeordneten Mieterhöhungen behutsam durchzuführen, haben gezeigt, dass die Welle illegaler, zu weitgehender und die gesetzlichen Begrenzungen missachtender Erhöhungen bekannt ist. Es sind oben zuviel Geister vorzeitig gerufen worden! Die Mahnungen werden allein von sich aus wenig nutzen, nachdem oben der Trend entfacht wurde, schon jetzt zur vollen Mietsfreiheit zu kommen, wo so viele glauben, alles so fordern zu können, wie es in Ausnutzung einer einseitigen Marktlage möglich ist. Die Mahnungen, mässig und behutsam vorzugehen, werden nur dann etwas nutzen, wenn die Mieter selbst ihre Rechte beachten und vertreten und wenn sie nicht jede Erhöhung schicksalsgewissen hinhinnehmen.

Mieter brauchen Rat

Auch in den nächsten Wochen wird es sicherlich noch an vielen Stellen illegale Mieterforderungen geben, nachdem das Gesetz verkündet ist und praktiziert wird. Unkenntnis, falsche Auslegung der komplizierten Bestimmungen und auch die Sucht und Gier, mehr zu bekommen, können hier zusammenkommen. Die Mieter müssen dabei genau aufpassen und in allen Zweifelsfällen sich genau beraten lassen. Vor allem darf keine Erhöhung so unter der Hand oder zwischen Tür und Angel und im Vorbeigehen ausgesprochen werden. In jedem Fall sind schriftliche Erklärungen mit entsprechenden Angaben erforderlich. Es brauchen also nur mündliche Erhöhungen nicht akzeptiert zu werden. Ausserdem muss die Steigerungsquote genau nachgerechnet werden, namentlich in den Grenzfällen oder da, wo gleich die zwei Erhöhungsmöglichkeiten bis zu 30 Prozent bzw. bis zur q_m - Obergrenze zusammenkommen. Vor allem aber: es gibt Wohnungen - und ihre Zahl ist nicht gering - wo überhaupt nicht gesteigert werden darf, nämlich die in § 9 umschriebenen Bruchbauten! Wer das Unglück hat, noch eine solche bewohnen zu müssen, braucht eine Mieterhöhung überhaupt nicht zu akzeptieren, auch wenn er eine sonst ordnungsgerechte Erklärung bekommt. Er muss sofort widersprechen! Wahrscheinlich wird die Mehrzahl der illegalen Mieterhöhungen künftigerade darin bestehen, dass auch für Bruchbauten Mieterhöhungen gefordert werden. Daher müssen die Mieter aber geschützt werden!

Tücken des Gesetzes

Das Gesetz hat viele gefährliche Tücken und wie sich da und dort herausgestellt hat, auch sehr versteckte Falcken, in die man geraten kann. Es ging ja alles viel zu überhastet vor sich, ohne dass die einzelnen Bestimmungen scharf aufeinander abgestellt wurden. Es ist kein gutes Gesetz, was jetzt verkündet ist und nun praktiziert werden muss. Umso mehr müssen diejenigen geschützt werden, die auch noch über das an sich schon mangelhafte Gesetz hinaus und entgegen der gesetzlichen Regelungen mit illegalen Anforderungen benachteiligt werden. Deshalb Vorsicht! Es gibt illegale Mieterforderungen, man braucht und darf sie nicht hinhinnehmen.

+ + +

Ein Protest kam zu spät

G.F., Mainz

Angefangen hat es schon am 16. und 17. Juni. Damals wurden an der Obermosel die ersten Grundfische gesichtet, die "notatmend" an die Oberfläche kamen und flussabwärts trieben. In den darauffolgenden Tagen trieben Tausende und Abertausende von Fischkadavern die Mosel hinunter. Ein Fischsterben ungeheuren Ausmaßes hatte begonnen, das größte, das in den letzten Jahrzehnten - vielleicht in diesem Jahrhundert - deutsche Gewässer heimsuchte. Am letzten Wochenende wuchs das Fischsterben zu einer Katastrophe an. Zentnerweise lagen tote Fische am Flußufer. Die Tierkadaver verursachten einen infernalischen Gestank. In der ganzen Mosel mußte das Baden verboten werden. Der rheinland-pfälzische Fremdenverkehr erlitt einen schweren Rückschlag. Streckenweise deckten die glitzernden Fischleiber die Wasseroberfläche so zu, daß man glaubte, winterliches Treibeis vor sich zu haben. Der Bürgermeister des Mosel-Weinortes Winningen dachte schon daran, den polizeilichen Notstand anzurufen. Da griffen die Pioniere ein ...

Als die Bundeswassersstraßen-Verwaltung der Lage nicht mehr Herr werden konnte, forderte sie Militär und das technische Hilfswerk an. Sämtliche in Koblenz stationierten Pioniere wurden eingesetzt. In der hochsommerlichen Hitze waren die jungen Soldaten am letzten Wochenende und in den ersten Tagen dieser Woche nicht um ihre Aufgabe zu bereiden. Zunächst wurden die im Fluß schwimmenden Fischleichen mit Netzen und Körben eingefangen. Zentner- und tonnenweise. Die Kadaver wurden irgendwo vergraben oder der Tierkörper-Verwertungsgesellschaft zugeführt. Vergraben aber war rascher und sicherer. Immer neue tote Fische trieben den Fluß hinunter. Ein Fischer in Koblenz berichtete, er habe in wenigen Stunden fünfzehn Zentner tote Barsche im Netz gehabt. Auf einer 30 km langen Strecke im Eriarer Bezirk wurden über hundert Zentner tote Fische eingesammelt. Vorerst mußten allerdings die ans Ufer gespülten Fischkörper noch liegen bleiben, da zunächst der Fluß gesäubert werden sollte. Der Höllengestank vertrieb jedermann, der nicht unbedingt an die Mosel mußte, von den Ufern dieses romantischen deutschen Flusses.

Die SPD-Landtagsfraktion richtete an die Landesregierung eine

Große Anfrage, welche Schritte die Landesregierung zu unternehmen gedenkt, um zu verhindern, daß sich solche Dinge in Zukunft wiederholen, um die Schuldigen schadensersatzpflichtig zu machen und in welcher Weise laut Vertrag über die Moselkanalisierung den Reinhaltungspflichten für die Ableitung von Abwässern nachgekommen werden soll.

Fachleute befürchten, daß der gesamte Fischbestand der Mosel in den vergangenen zwei Wochen ausgerottet worden ist. Die Koblenzer Pioniere bargen pro Tag bis zu 400 Zentner tote Fische aus der Mosel. Schon am Wochenende teilte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Altmeier mit, daß nach vorsichtigen Schätzungen 150 Tonnen (!) Fische vernichtet worden sind, ausgerottet von den giftigen Abwässern, die französische Industriebetriebe in Lothringen in die Mosel fließen ließen.

Und damit wurden Fischsterben und Seuchengefahr zu einem politischen Problem. Dummerhin warteten die Verantwortlichen fast zwei Wochen, ehe sie sich zu den längst notwendigen Schritten entschlossen. Am Dienstag dieser Woche erst forderte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, in Bonn, die Bundesregierung solle in Paris dagegen protestieren, daß in Lothringen giftige Abwässer in die Mosel geführt werden. Für den Fischreichtum der Mosel kommt diese Forderung allerdings zu spät - selbst wenn sie von Bonn prompt in Paris vorgebracht werden sollte. Was man aus den Erfahrungen anderer Vorfälle mit Recht bezweifeln darf. (Man denke nur an den Fall "Bilbao"). Zudem handelt es sich auch nicht um das erste Fischsterben in der Mosel. Proteste gegen die zunehmende Verseuchung des Flusses durch Abwässer der lothringischen Industrie hat es schon mehrfach gegeben. Untersuchungen förderten zutage, daß ein einziges Industriewerk über den Nebenfluß Rossel täglich zwei Tonnen giftiges Phenol in die Mosel fließen läßt. Diese Rücksichtslosigkeit hat nicht zuletzt ihren Grund darin, daß die Mosel ja größtenteils auf deutschem Boden fließt. Und die Nachlässigkeit der französischen Behörden gegenüber Wünschen und Forderungen, die auf deutscher Seite vorgebracht werden, hat kaum einen anderen Grund. Bonn aber übt Rücksicht auf seinen Pariser Verbündeten, Rücksicht bis zur Selbstaufgabe. Und die Schäden sind noch nicht zu übersehen ...

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel